

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Berg- & Kohlen-Verluste
Der Bergbau in Sachsen hat im ersten Viertel dieses Jahres einen Verlust von 1,40 Mill. Mark erlitten. Die Ursache hierfür ist die Abnahme der Produktion von Eisenerz und Kohle.

Anzeigen-Zerkl.
Anzeigen von Familienangehörigen bis zum 1. Juni. Sonntags nur in der Morgenzeitung. Die einseitige Grundgebühr ist 1,50 Mark. In Familienangehörigen aus Dresden 25 Pf. Die einseitige Grundgebühr ist 1,50 Mark. In Familienangehörigen aus Dresden 25 Pf. Die einseitige Grundgebühr ist 1,50 Mark.

Für Feinschmecker

Lobeck's *per Tafel 50 Pf*

Fondant-Chocolade
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

Marke: Dreiring

Photographie in natürlichen Farben.

Lumière-Autochromplatten = Neueste Emulsionen

Ausf. Einzel-Unterricht **Carl Plaul**, Wallstr. 25.

Kgl. Sachs. Hoflieferant.

Bon Jour mit Goldmundstück . . . 3 1/2 Pfg.

Kronprinz Wilhelm m. versch. Mandst. 6 1/2 und 10 Pfg.

Liebings-Zigarette Sr. Kaiserl. u. Königl. Hoheit des Kronprinzen.

Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7

Kairo - Brüssel - London E. C. - Frankfurt a. M., Bahnhofplatz 10.

Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Galerie E. Arnold

Schloss-Strasse 34.

Hodler & Zwintscher.

Neuheiten: Damen-Sportkostüme, Sportanzüge, Bozner Mäntel, Pelerinen Loden-Spezialgeschäft **Jos. Fiechtl** aus Tirol Schloss-Strasse 23.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Bitterung: Südwestwinde, etwas wärmer, kein erheblicher Niederschlag.

In der Ersten Kammer fanden gestern Staatskapitel zur Schlussberatung, in der Zweiten Kammer bildeten die Wohnungsgeldauschüsse und der Gemeindefeuergelegenheitsrat den Hauptberatungsgegenstand.

Das Margeriten-Volkfest in Leipzig hat eine Bruttoeinnahme von etwa 300.000 Mark ergeben.

Am Reichstage wurde gestern über die Verträge mit Bulgarien und die Branntweinsteuer-Novelle beraten.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurden die Wahlrechtsanträge der Volkspartei und der Nationalliberalen abgelehnt.

Der weitere Vorstand der deutsch-konservativen Partei tagte am Sonntag im Abgeordnetenhaus zu Berlin unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung.

In Raffel ist eine Spionageaffäre aufgedeckt worden. Die Kriminalpolizei verhaftete einen Mechaniker namens Hoffeld.

Auf der Kruppischen Germaniafahrt in Kiel sind 400 Ruderer in den Auslauf getreten.

In Kalbach bei Nischau kam es bei einem Ganturfest zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Soldaten und Zivilisten, bei dem zahlreiche Personen verletzt wurden.

Der Aviatiker Wilbour Wright ist lebensgefährlich an Typhus erkrankt.

Das türkische Kriegsministerium trifft Maßnahmen zu Konzentrationen von Truppen an beiden Seiten des Eingangs vom Bosporus.

Die Durchfahrt der Schiffe durch die Dar-danelles hat begonnen.

Die Aufgabe des Freiherrn von Marschall.

Mit einer Stimmigkeit und Uebereinstimmung, die bisher nur den Annäherungen der Basislinien der drei Länder eigentümlich und gefällig war, auch nur da berechtigt erschien, haben deutsche, englische und französische Pressorgane die Berufung des bisherigen Geschäftsträgers des Deutschen Reiches in Konstantinopel auf den Londoner Botschafterposten in einer Weise gelobt und geradezu verherrlicht, die dadurch allem mißtrauisch machen könnte.

Das deutsche Volk hat alle Ursache, bei der Ernennung des deutsch-englischen Verhältnisses, das der Staatssekretär von Siderlen in der Sonnabendübung des Reichstages für das wichtige Problem unserer auswärtigen Politik erklärt hat, jede auch jede schließliche Meinung auszusprechen. Von jeher ist die auswärtige Politik Englands eine harte, nüchterne Verhandlungspolitik gewesen, das war ihre Stärke, das verbürgte ihren Erfolg. Und wenn in dem konföderativen England ein Gebiet des öffentlichen Lebens die Merkmale konservativer Staatsauffassung trägt, so die auswärtige Politik. Es wäre deshalb durchaus irrig, mit einer passiven automatisch eintretenden Besserung der deutsch-englischen Beziehungen für den Fall zu rechnen, daß Sir Grey, der Härte und gefährliche Gegenspieler Marschalls in London, von seinem Posten zurücktreten würde. Nicht mehr ist jeder Zweifel ausgeschlossen, daß die auswärtige Politik Englands die Bahnen verlassen sollte, die ihr der Schöpfer der Entente cordiale und der Tripelentente gewiesen hat. Man wird also gut tun, vom Freiherrn von Marschall nichts Unmögliches zu verlangen.

Es wäre aber auch aus einem anderen Grunde falsch, dem Staatsmann, zu dessen Empfang England in einer Weise rüht, als gelte es einem Angreifer zu begegnen, den Vorwurf der Unfähigkeit oder Schwäche zu machen, falls die Erwartungen, zu denen man sich angesichts seiner erfolgreichen Mission am Bosporus berechtigt glaubt, nicht in Erfüllung gehen sollten. Die Schwierigkeiten, mit denen Freiherr von Marschall in London zu rechnen haben wird, sind nicht allein auf englischem Boden zu suchen. Mit einem festen und harren Selbstbewusstsein, auf das wir Deutsche, insbesondere nach den letzten schwachen Ausschreitungen

sozialdemokratischer Abgeordneter, nur mit den Gefühlen bitteren Reides und zugleich unverhohlener Bewunderung blicken können, hat der Erste Lord der Admiralität Winston Churchill ausgesprochen, daß in England die Flotte wegen der Sorge aller Parteien ist und daß von ihr alle Parteien in gleicher Weise abhängen. Wie weit sind wir von einer solchen Bewertung nationaler Interessen und Pflichten vierzig Jahre nach der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches in unserem Vaterlande noch immer entfernt! Wohl haben die deutschen bürgerlichen Parteien sich um das Reichsproblem gekümmert, eingedenk der furchtbaren Gefahr und Verantwortung im Sommer und Herbst des vorigen Jahres. Aber mehr als vier Millionen erwachsene deutsche Männer haben sich in ungeliebter Verzögerung und Verzerrung für die Partei erklärt, die dem Vaterlande zu seiner Wehr und Ehr' jeden Mann und jeden Groschen verweigert, und sind nun selbst der Sünde bloß, weil sie widerspruchslos dulden müssen, was die sozialdemokratischen Nachhaber über sie beschließen und verfügen. Entschlossenheit und Kraft machen nur dann den Staatsmann und seine Arbeit erfolgreich, wenn er diese Eigenschaften in dem Bewußtsein, daß er den Willen der ganzen Nation, deren Anwalt er ist, in die Waagschale zu werfen hat. Nur politische Kinder können in dem Wahne leben, daß eine Verhöhnung, ein dauerndes Einvernehmen zwischen Deutschland und England auf einer anderen Grundlage als auf der völligen Gleichberechtigung möglich wäre. Gleichberechtigung im Daseinstampfe der Völker setzt aber gleiche Stärke, gleiche Bündnisfähigkeit, überhaupt gleichwertige Machtverhältnisse auf beiden Seiten voraus. Beharrt die deutsche Sozialdemokratie darin, dem eigenen Lande die Mittel zu verweigern, mit denen es allein der unter England's Führung stehenden Mächtegruppe abhingen und sichergebietend entgegenstellen kann, so würde in erster Linie die Partei, die unser Vaterland im Ernstfälle durch den politischen Waffenstreik wehrlos machen will, verantwortlich zu machen sein, falls auch die Tätigkeit Marschalls, dieser neueste Versuch, mit dem Deutschland seinen guten Willen und sein Interesse an einem friedlichen Ausgleich mit England betätigt, den wünschenswerten Erfolg nicht haben sollte.

An der Erschwerung der Aufgaben Marschalls hätten sich die bürgerlichen Parteien mitschuldigen gemacht, wenn sie die Wehrvorlagen bei der Behandlung der Deckungsfrage im Stich gelassen hätten. Der in Deutschland noch lange nicht genügend gewürdigte Umstand, daß in England auch die einmaligen und außerordentlichen Militär- und Marineausgaben, von verhältnismäßig geringen Ausnahmen abgesehen, aus den laufenden Mitteln der Staatswirtschaft bestritten werden, begründet eine außerordentliche Ueberlegenheit der englischen Rüstungspolitik. Für weitere, nimmere sicher bevorstehende Flottenausgaben ist der gesamte Ueberfluß des letzten Rechnungsjahres in Höhe von 130 Millionen Mark vorbehalten, die sonst mit großen Mitteln bedachte Schuldentilgung entsprechend eingeschränkt. In Deutschland begleitete ein schier unheimliches Anwachsen der öffentlichen Schuld das Fortschreiten unseres Flottenbaues. Dieser Unterschied in der Aufbringung der Mittel für den maritimen Rüstungsbedarf konnte dem deutschen Geschäftsträger immer wieder entgegengehalten werden, wenn er für die deutsche Nation das Recht in Anspruch nahm, über das Maß seiner Seestreitkräfte nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Hierin Deutschland nach gleichen Fuß mit England zu stellen, war die Absicht des Reichschiefschiffers Bernuth, die er nicht zur Ausführung bringen konnte. — Jetzt ist sie ihrer Verwirklichung einen Schritt näher gerückt, nachdem die Beratungen in der Budgetkommission des Reichstages über die Deckungsfrage eine ebenso überraschende wie erfreuliche Wendung genommen haben. Auch in Deutschland sollen die verfügbaren Ueberschüsse, und zwar in Höhe von 230 Millionen, bezw. nach Abvürdung der schwebenden Schuld bei der Militär- und Marineverwaltung in Höhe von 130 Millionen Mark, der Reichskasse verbleiben als eine Art, wie der Reichschiefschiffers sagte, Reservesfonds für die Liquidität des Reiches angesichts der weltpolitischen Situation, mit der Deutschland zu rechnen hat. Nicht minder bedeutsam ist der Beschluß, die Deckung, soweit sie nach dem berücksichtigten Etat in der vom Plenum zu genehmigenden kommissarischen Fassung erforderlich ist, im Wege einer allgemeinen Verbrauchsteuer zu beschaffen. Auf die Art der Durchführung des Beschlusses kommt es im Augenblick nicht an. Die Hauptsache ist, daß die bürgerlichen Parteien einen Weg zur

Deckung gefunden haben, den sie, ohne mit der Sozialdemokratie paktieren zu müssen, gemeinsam gehen können.

Am übrigen darf das deutsche Volk, wenn entfernt, Verschuldbereiten erteilen zu wollen oder für die Hoffnungen zu liegen, ruhig vertrauen, daß der Staatsmann, dessen diplomatische Arbeit in der Hauptsache bisher darauf gerichtet war, den Einfluß Englands und Frankreichs auf dem Balkan nicht übermäßig werden zu lassen, genügend Sachkunde und Energie mitbringt, um, soweit es menschlicher Kraft möglich und im Rahmen der gegebenen Verhältnisse erreichbar ist, die hohen Erwartungen zu rechtfertigen, mit denen ihn die deutsche Regierung und die deutsche Nation nach London begleiten.

Drahtmeldungen vom 20. Mai. Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Beratung stehen zunächst die Verträge mit Bulgarien (Konstanz, Rechtsabzug- und Auslieferungsvortrag). Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Krieger führt aus, daß sich Bulgarien, Rechtspflege und Verwaltung in Bulgarien so weit entwickelt haben, daß man ihnen nunmehr die Zuerkennung der deutschen Reichsangehörigen dort in gleicher Weise anerkennen kann, wie den älteren Staaten der Völkergemeinschaft. — Abg. Dr. am Behnhoff (Str.) gibt Anregungen, die sich auf die Reformierung des Auslieferungsvortrages mit den Vereinigten Staaten und auf die Vereinfachung der Nachfahrregelung beziehen. — Abg. Dove (Sp.) wünscht Verhandlungen mit der Türkei. Diese soll verlangt werden, ihre Rechts- und prozessuale innere Gesetzgebung so zu gestalten, daß man allmählich auch dort vom System der Kapitalisation zu verfassungsmäßigen Abmachungen übergehen kann. Die Türkei hat ja augenblicklich wichtigeren Sorgen, aber das Ziel darf nicht aus dem Auge verloren werden. — Abg. Haase (Soz.): Wir werden den Verträgen zustimmen, da sie gegen den bisherigen Zustand einen Fortschritt darstellen. — Ministerialdirektor Dr. Krieger: Wir sind bemüht, mit den Vereinigten Staaten an einem Auslieferungsvortrage zu kommen, der der modernen Technik mehr entspricht. Die Frage der einheitlichen Nachfahrregelung beschäftigt uns und die Rechte auf das Altererbnächte. Die letzte internationale Konferenz ist schon zu einem Abkommen gekommen, wonach das materielle Erbrecht von den beteiligten Staaten geregelt und angenommen ist. Die Anregung des Herrn Dove, wegen der Türkei nehmen wir mit lebhaftem Interesse entgegen. — Abg. Strove (Ind.): Mit der Annahme der Verträge zeigen wir dem bulgarischen Volke, daß die deutsche Bevölkerung bereit ist, ihre handelspolitischen Beziehungen mit ihm innig zu pflegen und zu erweitern. — Die Verträge werden in erster und zweiter Lesung genehmigt. — Es folgt die Beratung des neuen Ergänzungsetats, wonach dem Verein Deutsche Verkehrsanstalt für Luftschiffahrt als Beitrag zur Begründung einer deutschen Verkehrsanstalt für Luftschiffahrt 200.000 Mk. und als Unterhaltungskosten für 1912 50.000 Mk. gewährt werden sollen und für den Ausbau des Reichsstaatsbundes (Anlage von Arbeitszimmern) 7500 Mark gefordert werden. — Staatssekretär Dr. Delbrück weist darauf hin, daß der Reichstag bereits vor zwei Jahren eine tatkräftige Förderung des Luftschiffahrtswesens gefordert habe. Man habe es für richtiger gehalten, seine Reichsfluganstalten zu gründen, sondern diese Privatantant zu unterstützen. — Die Vorlage wird nach zunehmenden Erklärungen der Abgg. Dr. Spahn (Str.), Vatermann (Nationalliberal) und Dr. Müller (Nationalradikal) in erster und zweiter Lesung angenommen. — Darauf wird in die zweite Lesung der Konstantinopeler Novelle eingetreten. Die Sozialdemokraten haben ihre Anträge aus der Kommission wieder eingebracht, u. a. den Hauptantrag, die Verbrauchsabgabe einheitlich auf dem niedrigen bisherigen Satz, 100 Mk., festzusetzen. Neu eingebracht haben sie den Antrag, die durch den Kommissionsbescheid für die Vergütungsprämie bestimmten 16 Millionen jährlich aus der Verbrauchsabgabe nicht hierfür zu verwenden, sondern für die Kriegsveteranen und zur Befreiung der Altersrente in der Invalidenversicherung auf das 65. Lebensjahr. Volkspartei und die Konservativen haben Anträge gestellt, die sich auf Einzelheiten beziehen. — Abg. Dr. Suder (Soz.): Die Verbrauchsabgabe soll einheitlich beibehalten werden. Das macht man so, daß die Vermögen der Armen die Sorgen der Agrarier beistimmen sollen. Das ist die Umkehrung der Sozialpolitik. Die Nationalliberalen haben in der Kommission das Vorgehen nach den Wahlen inständig verlassen und sind in das Lager der Agrarier übergegangen. Wir haben uns bereit erklärt, für die Erbschaftsteuer zu stimmen. Vorläufig sind ja die Mehrheitsparteien auf diesen Vorschlag nicht eingegangen. Das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen. — Abg. Wed (Genr.): An der diesjährigen Vorlage hat eigentlich niemand eine rechte Freude. Auch innerhalb der Parteien ist man nicht einig. Ein Vorzug ist, daß mit dem Schlagwort „Verbrauchsabgabe“ anberaumt wird. Die Haltung der Linken ist dabei widersprüchlich. Die 16 Millionen Vergütungsprämie sind nicht für die Agrarier, sondern